

Einigkeit in der Vielfalt

Direkt Demokratisches Manifest

Verabschiedet am 11. November 2006

Anlässlich des ersten internationalen Tages der direkten Demokratie

***Wenn wir wissen, was passiert ist,
dann wissen wir auch, was wir zu tun haben.***

Benjamin Disraeli, Britischer Premierminister

***Wer etwas verstehen will, muss den Sinn,
aus dem es hervorgegangen ist,
selbst in seiner Brust tragen***

Jeremias Gotthelf, Pfarrer im Emmental

Ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst der direkten Demokratie.

Es ist hohe Zeit, dass die BürgerInnen Europas der neoliberalen, neofeudalistischen und zentralistischen EU-Globalisierung eine direkt demokratische und föderative Alternative entgegenhalten. Deshalb versammeln sich BürgerInnen verschiedenster Nationalität am 11. November 2006 in Sursee, um ein demokratisches Manifest zu verabschieden.

Dieses Manifest soll die Leitschnur für BürgerInnen aller Nationen und Regionen sein, um bei sich vor Ort geordnete demokratische Verhältnisse zu schaffen.

Was heisst direkte Demokratie ?

Direkte Demokratie heisst nicht, dass die Menschen alle paar Monate an Abstimmungen oder Wahlen teilnehmen dürfen. Direkte Demokratie bedeutet, dass die BürgerInnen oder ihre gesetzlichen Stellvertreter (Politiker/Beamte) jene Machtmittel beherrschen, mit welchen Menschen das Beziehungsgeflecht in einer Gesellschaft generationenübergreifend möglichst konfliktarm regeln.

Welche wichtigen Probleme löst die direkte Demokratie ?

Es gibt definitiv keine Massenarbeitslosigkeit und keine Massenarmut in einer direkten Demokratie, weil die Menschen in einer direkten Demokratie alle Machtmittel direkt oder indirekt beherrschen, um Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sind die wichtigsten Machtmittel in einer Gesellschaft unter direkt demokratischer Kontrolle, dann haben kommende Generationen unabhängig ihrer Herkunft jederzeit freien Zugang zum Lebensraum. Sie können dadurch ihre Talente und ihren Lebenssinn frei entfalten und dienen dadurch sich selbst und der Gesellschaft am Besten.

Was ist der Unterschied zum Kommunismus und zum Neoliberalismus ?

Zwischen dem Kommunismus, in dem alles staatlich geregelt ist und dem Neoliberalismus (Feudalismus), in dem alles privat geregelt ist, gab es immer schon die direkte Demokratie mit öffentlichem Recht und öffentlich rechtlichen Einrichtungen. Diese öffentlichen Aufgaben müssen selbstverständlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltung effizient erledigt werden. Weil es sich um zentrale Grundbedürfnisse aller Menschen handelt, dürfen sie jedoch weder durch Gewinn- noch durch Managerlohn/Beamtenlohn-Maximierung übernutzt werden. Diese Einrichtungen müssen dem Gemeinwohl aller dienen. Auch müssen diese Einrichtungen in Besitz der lokalen Bevölkerung sein und dürfen nicht weit entfernt wohnenden Kapitalbesitzern gehören. Die Schweiz hat ab 1848 die Idee der direkten Demokratie in genau dieser Form sehr erfolgreich umgesetzt. Die Schweiz ist heute noch das einzige UNO-Mitglied mit direkter Demokratie. Die direkte Demokratie hat den Vorteil, dass die Bevölkerung selbst aktiv Gesetze und Richtlinien beschliessen kann, um die Steuerung des Gemeinwohls zu beeinflussen. Dadurch ist ein Missbrauch der öffentlichen Einrichtungen weitgehend ausgeschlossen.

Welche wichtigen Machtmittel gehören unter direkt demokratische Kontrolle ?

Im direkt demokratischen Manifest werden die Machtmittel beschrieben, welche unter direkte oder indirekte Kontrolle der BürgerInnen einer Region gehören müssen. Diese Machtmittel müssen zum Nutzen kommender Generationen zwingend öffentlichem Recht und öffentlichem Besitz unterste-

hen. Öffentliches Recht steht über dem Privatrecht und es begrenzt dieses Privatrecht in sinnvoller Weise, indem es die Macht von einzelnen Privatpersonen zum Nutzen kommender Generationen beschränkt. Mit öffentlichem Recht wird also verhindert, dass „*wer zu spät kommt durch das Leben bestraft wird*“, wie Michael Gorbatschow dies gesagt hat. Direkte Demokratie bedeutet ja im Sinne eines Generationenvertrages, dass kommende Generationen unabhängig ihrer Geburt jederzeit freien Zugang zum Lebensraum haben und diesen beeinflussen können sollten. Dies ist ohne öffentliches Recht nicht möglich, weil sonst Private in der Lage sind, eine uneingeschränkte Kontrolle über lebenswichtige Güter auf dem ganzen Globus zu erlangen.

Der Soziologe Norbert Elias hat in seinem Werk „Ueber den Prozess der Zivilisation“ akribisch analysiert, welche Machtmittel einem Herrscher (das müsste in einer Demokratie das Volk sein), die Beherrschung eines Territoriums ermöglicht. Er hat folgende Machtbereiche als wesentlich herauskristallisiert: Die Herausgabe einer eigenen Währung, die Beherrschung von Verkehrswegen, die Beherrschung von Kommunikationswegen und die Beherrschung der Arbeitsteilung.

Es gibt also langfristig keine Demokratie ohne öffentliches Recht, ohne öffentlichen Raum und ohne öffentliche Einrichtungen für:

Den Zugang zum Geld:

Nationalbanken und Geschäftsbanken sollen nicht Gewinne und Managerlöhne maximieren. Sie haben dafür zu sorgen, dass alle Menschen bedürfnisgerecht Zugang zum Rohstoff Geld haben, um sich damit ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu sichern. Wer immer das Geldwesen in einem Territorium beherrscht hat im Sinne des Menschen-Rechtes auf „Arbeit in der Heimat“ für Vollbeschäftigung zu sorgen. Banken müssen also auch nicht spekulieren oder mit dem Geld in entfernte Regionen auswandern. Wenn sie einen Zins erheben, soll dieser zur Deckung der Verwaltungskosten dienen. Zur wichtigsten Aufgabe eines Bankiers wird es gehören, talentierte Menschen zu finden, welche als Unternehmer sinnvolle und der Gesellschaft dienende Ideen umsetzen und dadurch Arbeitsplätze schaffen.

Den Zugang zu den Verkehrswegen:

Öffentliche Plätze, öffentlicher Verkehr und öffentliches Strassennetz müssen für alle Menschen frei zugänglich sein. Private dürfen keine Gebühren erheben für die Benützung öffentlicher Plätze, Strassen und Einrichtungen.

Den Zugang zu Kommunikationswegen und Marktplätzen:

Medien und Grossverteiler haben die ehemaligen Marktplätze in den Innenstädten ersetzt. Freie Marktwirtschaft meint eigentlich freien Zugang zu diesen Marktplätzen. Wer im freien Markt als Anbieter tätig sein will, braucht also in der heutigen Zeit im Sinne einer freien Marktwirtschaft freien Zugang zu Werbung und Informationen und zu den Regalen der Grossverteiler. Weder Medien, noch Werbegefässpachtfirmen, noch Telekommunikationsfirmen, noch Grossverteiler dürfen also als private Oligopolisten oder Monopolisten Gewinne und Managerlöhne maximieren. Diese Einnahmen würden wir besser öffentlichen Einrichtungen zukommen lassen. Dadurch müssten wir keine Steuern mehr erheben. Ausserdem müssen Gebühren lokal erhoben werden und lokal versteuert werden.

Den Zugang zur Arbeitsteilung:

Es gibt wichtige Rohstoffe und Infrastruktureinrichtungen, ohne welche ein freies Gewerbe nicht möglich ist. In der Regel lohnt sich bei solchen Institutionen kaum Wettbewerb auf dem gleichen Territorium zu haben. Insbesondere die Kontrolle über Rohstoffe (zu solchen könnte man auch Computer-Betriebssysteme zählen), Elektrizitätsversorgung, Wasserversorgung, Gesundheitsversorgung usw. wird mit Vorteil über öffentlich rechtliche Einrichtungen kontrolliert.

Währungsraum, politischer Raum, Grössenbeschränkung und Amtszeitbeschränkung

Man kann Wirtschaftsraum und politischen Raum nicht trennen. Deshalb muss ein direkt demokratisch verwaltetes Territorium zwingend neben politisch autonomen Einrichtungen zwecks wirtschaftlicher Autarkie auch einen eigenen Währungsraum bilden. Je grösser jedoch ein Territorium mit einheitlicher Währung wird, desto schwieriger ist es, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung bei freiem Wettbewerb für alle zu gewährleisten. Deshalb braucht es auch eine Beschränkung in der Grösse eines direkt demokratisch regierten Territoriums. Mit Sicherheit kann man aus Erfahrung heute sagen, dass ein ganzer Kontinent als Währungsraum vollkommen ungeeignet ist. Dies gilt erst recht dann, wenn der zum Währungsraum gehörende politische Raum direkt demokratisch verwaltet werden soll.

Als weitere Massnahme, den Machtkonzentrationen zum Nutzen kommender Generationen zu verhindern, gibt es die Amtszeitbeschränkung. Des Menschen Wurzel ist seine Bettstatt. Und im Umkreis seiner Bettstatt muss er möglichst direkt Einfluss nehmen können auf Gesetze und öffentliche Einrichtungen. Wer selbst in öffentlichen Einrichtungen arbeitet, darf ein Amt nur während einer gewissen Amtszeit ausüben. Durch bewusste Einschränkung in Grösse (Einzugsgebiet) und Amtszeit wird die Macht von Einzelnen in natürlicher Weise gebrochen und die Strukturen des Gemeinwesens erneuern sich permanent. Ausserdem gilt durch eine Vielzahl von kleinräumig autonomen

Gebieten (nicht fusionierte Gemeinden) automatisch eine grössere Anzahl Nachfrager bei der öffentlichen Hand, was dem freien Angebot zuträglich ist.

Was wollen wir mit dem direkt demokratischen Manifest erreichen ?

Durch die Verbreitung und Umsetzung des direkt demokratischen Manifestes soll eine unparteiliche politische Bewegung ausgelöst werden, welche zur Realisierung echter direkt demokratischer Verhältnisse in Europa führt.

Wir wollen keine neue Partei gründen. Wir wollen keine neue Vereinigung sein. Wir wollen den Menschen in Europa Mut machen, die Politik aus der Bevölkerung für die Bevölkerung neu zu beleben. Wir wollen die Bevölkerungen Europas befähigen, für sich selbst das friedvolle Europa der direkt demokratischen Nationen und der Regionen zu bauen. Wir sind politisch und konfessionell neutral.

Lohnt sich der Versuch, die direkte Demokratie zu globalisieren ?

Die Idee der direkten Demokratie hat dann gegriffen, wenn:

Kooperation zwischen Nationen und Regionen statt Steuerwettbewerb und Ansiedlungswettbewerb herrscht. Wenn alle Regionen der Welt ihre eigenen Rohstoffe, ihre eigene Wasserversorgung, ihre eigene Energieversorgung ihre eigene Währung und weitere für alle Menschen dieser Region wichtigen Einrichtungen mit lokalen demokratisch kontrollierten Institutionen führen, werden sich andere soziale Verhältnisse etablieren, als wenn Weltkonzerne und weltweit tätige Nichtregierungsorganisationen (NonDemocraticOrganisations) versuchen, dies zentral zu verwalten.

Nach einer gewissen Zeit werden Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit verschwunden sein. Und die Seuche der Geldprobleme und Zeitprobleme wird ersetzt sein durch Geldwohlstand, Zeitwohlstand und ein massiv tieferes Konfliktniveau – und zwar national, regional und international. Das Institut Zeit & Mensch hat wissenschaftlich hergeleitet, dass Zeitkonflikte, Geldkonflikte und Territoriale Konflikte in allen Wirtschaftskrisen sich häufen. Durch kleinräumig organisierte Staatswesen mit eigenen Währungsräumen können diese Konfliktherde am besten eingedämmt werden. Zeitkonflikte, Geldkonflikte und Territoriale Konflikte sind von ihrer Natur her existentielle Konflikte. Menschen leben nicht, wenn sie keine Zeit haben. Menschen leben in einer geldbasierten arbeitsteiligen Gesellschaft nicht, wenn sie kein Geld haben und Menschen brauchen ein Nutzungsrecht an einem Territorium, um zu überleben. Wenn wir Menschen um Zeit, Geld und Territorium kämpfen lassen, kann sich deshalb keine gute Kultur entwickeln. Es lohnt sich deshalb, durch die Globalisierung der direkten Demokratie dafür zu sorgen, dass Zeitkonflikte, Geldkonflikte und Territoriale Konflikte in allen Regionen der Welt minimiert werden. Es könnte durchaus sein, dass wir dadurch genau das erreichen, was die Herrscher der Welt durch die Globalisierung erreichen wollten: Weltfrieden und Freiheit und Wohlstand für alle. Es ist aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen sehr wahrscheinlich, dass dies durch kleine autonome Einheiten besser möglich ist, als durch zentrale Kontrolle.

Sursee, den 11. November 2006

Für das OK des 1. internationalen Tages der direkten Demokratie.

Ivo Muri

Thomas Brändle

Ulrich Herden

Peter Mühlemann

Mitunterzeichner, welche am 1. internationalen Tag der direkten Demokratie am 11.11.2006 in Sursee dabei waren:

Name	Vorname	Adresse	Land	PLZ	Ort